

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordnete Eva Viehoff, Stefan Wenzel und Christian Meyer (GRÜNE)

Droht dem Göttinger Institut für Demokratieforschung „Umbruch und Wissensverlust“ (HNA vom 08.03.2018)?

Anfrage der Abgeordneten Eva Viehoff, Stefan Wenzel und Christian Meyer (GRÜNE) an die Landesregierung, eingegangen am 28.03.2018

Laut *HNA* vom 08.03.2018 plant die Universität Göttingen, „das anerkannte Institut für Demokratieforschung“ thematisch neu auszurichten. „60 hochqualifizierte Mitarbeiter fürchteten um ihre Jobs und die Existenz.“

Das Institut für Demokratieforschung wurde 2010 gegründet und gehört zur Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen. Leiter war bis Herbst 2017 Prof. Dr. Franz Walter. Ziel der Forschungsarbeit war und ist, politische Entwicklungen zu untersuchen und zu analysieren. Das Institut hat sich insbesondere mit der Erforschung des Rechtsextremismus und -populismus, der NS-Vergangenheit niedersächsischer Politiker sowie der Protestbewegungen und Bürgerinitiativen einen Namen gemacht. Die Liste der Veröffentlichungen und Bücher, die im IfD entstanden, ist lang. Die Publikationen werden häufig von Forschenden und Medien zitiert.

Am 14.03.2018 meldete der NDR nun:

„Demokratieforschung in Göttingen wohl gesichert

Das Göttinger Institut für Demokratieforschung soll seinen bisherigen Schwerpunkt behalten. Das hat die Spitze der Universität Göttingen nach massivem politischem Druck entschieden, wie NDR 1 Niedersachsen berichtet. Die Uni rückt demnach von ihrem ursprünglichen Plan ab, die Institutsleitung einem Wirtschaftshistoriker zu übertragen - damit wäre die komplette Neuausrichtung der renommierten Forschungseinrichtung verbunden gewesen. Unklar ist derzeit noch, wie das Institut personell ausgestattet wird und ob es im selben Umfang wie bisher arbeiten kann. In der vergangenen Woche war bekannt geworden, dass das Institut momentan keine neuen Forschungsaufträge annehmen darf und befristete Verträge auslaufen. Die Mitarbeiter hatten befürchtet, die Einrichtung könne vor dem Aus stehen.“

Wie der *HNA* vom 16.03.2018 zu entnehmen ist, fürchten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jedoch weiterhin um die Zukunft des Instituts: „Die Beschäftigten aber sind nach dieser Information durch die Uni-Leitung weiter beunruhigt. Eine Neuausrichtung würde weiterhin die an Themen gebundenen Tätigkeiten und Stellen bedrohen, war aus Mitarbeiterkreisen zu hören. Das bestehende Verbot seitens der Uni-Leitung, neue Forschungsprojekte anzunehmen und zu beantragen, führe dazu, dass Kontakte wegbrechen. Die Befürchtung: Die Zuwendenden werden sich neue Partner suchen.

Zudem sei dann ein einzigartiger Lehr- und Lernort in Gefahr, wie Studierende des Schwerpunkts ‚Demokratie und gesellschaftliche Konflikte‘ schreiben. Sie betonen, dass dort - im Gegensatz zu anderen Studienschwerpunkten - die Seminare vorwiegend aktuelle, realpolitische Themen behandeln, was wiederum dazu führt, dass die Absolventinnen und Absolventen oft gute Berufschancen hätten, nicht nur im wissenschaftlichen, sondern auch im publizistischen Bereich. Der von der Studierendenvertretung als ‚toll‘ bezeichnete Schwerpunkt sei so beliebt, dass während des Studiums viele Studierende in diesen wechseln, vor allem um ihre Masterarbeiten zu schreiben. All das müsse die Uni beachten. Eine Neuausrichtung des IfD, so ist auch zu hören, gefährde auch die über Aufträge eingenommen Drittmittel.“

2010 wurde von der damaligen Landesregierung im Rahmen der Bleibeverhandlungen mit Prof. Dr. Franz Walter vom Ministerpräsidenten zugesichert: „Das Institut soll auch im Falle des Ausscheidens von Prof. Franz Walter als Direktor langfristig weiterbestehen und als Aushängeschild der Universität diese repräsentieren.“

Am 29.07.2011 bekräftigte der damalige Ministerpräsident David McAllister brieflich: „Die Universität und das Land haben Ihnen dazu erhebliche zusätzliche Mittel in den Berufsverhandlungen zugesichert und so den Aufbau des ‚Instituts für Demokratieforschung‘ auf Dauer ermöglicht.“

1. Fühlt sich auch die jetzige Landesregierung an die damaligen Aussagen zur langfristigen Sicherung des Instituts für Demokratieforschung gebunden?
2. Wenn ja, was hat die Landesregierung zur Stärkung des „Aushängeschildes der Universität“ unternommen?
3. Welche „erheblichen zusätzlichen Mittel“ haben das Land und die Universität in den Aufbau des Instituts für Demokratieforschung investiert?
4. Gehen diese Finanzmittel direkt an das Institut, oder kann die Universität darüber frei verfügen?
5. Wie sieht die Nachfolgeregelung für den Direktor Prof. Dr. Franz Walter aus?
6. Aus welchen Geldern soll die eventuelle Humboldt-Professur nach dem Auslaufen der Humboldt-Förderung bezahlt werden?
7. Werden Mittel für das Institut für Demokratieforschung in andere Bereiche der Universität umgeschichtet?
8. Bleiben die 60 Stellen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig erhalten?
9. Wie sieht die zukünftige Schwerpunktsetzung für das Institut für Demokratieforschung aus?

(Verteilt am 03.04.2018)